



BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Frauenpolitische Sprecherin im Bundesvorstand
Mitglied und Vizepräsidentin des Thüringer Landtags
Parlamentarische Geschäftsführerin
Bildungs- und Migrationspolitische Sprecherin

Erfurt, den 13.07.2013

Liebe Freundinnen und Freunde,

es sind tatsächlich schon fast vier Monate seit meinem letzten Newsletter vergangen. Kein Wunder, das die Zeit so schnell verrann: Wir haben in der Zwischenzeit unser Programm zur Bundestagswahl intensiv beraten und beschlossen. Wir hatten breite und mobilisierende Debatten rund um den Mitgliederentscheid in fast allen Kreisverbänden. In Zusammenarbeit mit der Agentur „Zum Goldenen Hirschen“ wurde in der Bundesgeschäftsstelle eine, wie ich finde, großartige Kampagne zur Bundestagswahl erarbeitet. Mit dieser und Euch als engagierten WahlkämpferInnen kann ein erfolgreicher Wahlkampf gelingen, mit dem Ziel, schwarz-gelb im Bund abzulösen. Wir hatten im Landtag vier Plenarsitzungen, viele Ausschusssitzungen und zahlreiche weitere Gremientreffen. Ich war bei einigen Kreisverbänden, vielen Initiativen, Demonstrationen und im Land unterwegs. Im Folgenden will ich versuchen, einiges zusammenzufassen. Leider ist es trotzdem sehr viel geworden.

Der Landtag verabschiedet sich parallel zu den Sommerferien in eine längere Pause. Auch ich nutze die Gelegenheit zur Erholung und zum Tanken von Sonne und Kraft vor der heißen Phase des Bundestagswahlkampfes. Ich wünsche Dir und Euch erholsame Sommertage, nehmt Euch Zeit für Euch, für die Familie und FreundInnen, für das, was Spaß macht. Danach geht es auf in die letzten Tage der Merkel-Regierung, auf zum Regierungswechsel.

Das gilt im gleichen Maße auch für die Landtagswahlen in Hessen (auch am 22.9.) und Bayern (15.9.). Auch hier gibt es uns Grüne nur ein Ziel: Möglichst stark zu werden.

Ich bin ab 5. August wieder da und ab da im Dauereinsatz für starke Grüne - in Land und Bund. ☺

THEMEN:

- 1) Grünes im Bund: Die BDK zum Wahlprogramm, Die Wahlkampagne
- 2) Berichte von den Plenarsitzungen im Landtag, u.a. Residenzpflicht abgeschafft, Inklusionsbericht vorgelegt
- 3) Unterwegs in Thüringen
- 4) Kurz berichtet
- 5) Vorschau und Termine

1) Grünes im Bund: Die BDK zum Wahlprogramm, Die Wahlkampagne

Wir haben ein umfassendes und gut durchdachtes Programm, mit dem wir zur Bundestagswahl antreten! Daran bestand kein Zweifel, aber es war ein großes Stück Arbeit, die vor allem von Bundesvorstand und Bundesgeschäftsstelle geleistet wurde. In der gedruckten Fassung ist es 336 Seiten schwer.

In einer Marathon-Bundesdelegiertenkonferenz in Berlin vom 26.-28. April wurde unser Programm beschlossen. Mehr als 2000 Änderungsanträge sind genug Zeichen dafür, dass breit diskutiert wurde. Und wir haben es uns nicht leicht gemacht, denn uns ging und geht es um Ganze und uns war und ist wichtig, die Partei mitzunehmen.

Der Programmparteitag der SPD dauerte dagegen ganze vier Stunden. Die CDU hat sich den Parteitag gleich gespart, das Programm hat dort der Vorstand verordnet.

Ich habe u.a. das Thema Gleichberechtigung im Programm verantwortet. Meine Rede zur Einbringung des Kapitels auf der BDK könnt Ihr u.a. über diesen Link anschauen:

<http://www.rothe-beinlich.de/akpresse/5920682.html>



Im Bundesvorstand haben wir lange überlegt, wie wir die ganze Mitgliederschaft unabhängig vom Programmabschluss auf der BDK besser in die Entscheidungsfindung einbinden können: In einem Mitgliederentscheid hast Du, habt Ihr, aus 58 Schlüsselprojekten des Wahlprogramms neun Regierungsprioritäten bestimmt. Das sind unsere besonderen Schwerpunkte im Wahlkampf, diese Themen packen wir als Erste einer Regierungsbeteiligung an. Ergebnis dessen ist ein Kurzwahlprogramm: 9 Punkte für Grün.

Das dicke Programm wie auch das dünne findet Ihr hier im Internet:

<http://www.gruene.de/partei/gruenes-wahlprogramm-2013.html>

Dort gibt es auch eine Zusammenfassung der Programm-BDK.

Das „Basislager“, unsere Wahlkampfzentrale, wurde bereits Anfang März direkt neben der Bundesgeschäftsstelle in Berlin Platz vor dem Neuen Tor, eröffnet. Hier wird der Wahlkampf koordiniert, hier und im Grünen Versand gibt es Plakate und Wahlkampfmaterialien.



Und nun seid Ihr gefragt:

Hier könnt ihr z.B. Plakate oder Spots für euer Lieblingskino buchen:

<https://www.gruene.de/service/plakatshop.html>

Und hier findet Ihr die Plakate zum Selberausdrucken:

<https://www.gruene.de/service/webbanner-logos.html>

2) Berichte: Die Plenarsitzungen im Landtag

Von jeder einzelnen Plenarsitzung ließe sich wieder seitenweise berichten. Um den Newsletter nicht zu sprengen, werde ich mich daher kurz fassen. Ich darf Euch nur aus öffentlichen Gremien berichten, der Ausschuss für Bildung, Wissenschaft, Hochschulen und Kunst z.B. tagt aber nichtöffentlich. Wenn Ihr Fragen oder Anregungen zu einzelnen Themen oder Gremien habt: Bitte wendet Euch an mich oder meine Mitarbeitenden. Nun zu den Plenarsitzungen:

Die Aprilsitzung des Landtages fand vom 24.-26. April statt.

Für die aktuelle Stunde hatte unsere Fraktion das Thema „Verkehrssicher fahren - ein Leben lang“ vorgeschlagen, passend dazu gab es auch ein Fachgespräch im Landtag.

Von uns standen diese Punkte auf der Tagesordnung:

- Für einen zielgerichteten und ausgewogenen EU-Haushalt: Der Antrag wurde abgelehnt, ein Alternativantrag von CDU und SPD wurde angenommen.
- Der Antrag „Salzverbrauch auf Thüringer Straßen senken“ wurde abgelehnt.
- Der Antrag zum Ende des Ausschluss homosexueller Männer von der Blutspende wurde in den Gleichstellungsausschuss überwiesen. Die Überweisung in den Ausschuss für Soziales und Gesundheit wurde abgelehnt.
- Auch der Antrag, das Wassergesetz noch in dieser Legislatur zu novellieren, wurde abgelehnt.

Eine heftige und emotionale Debatte entspann sich beim Antrag der Koalition zur **Verlängerung des Gesetzes zur Überprüfung von Abgeordneten**. Mit einem Änderungsantrag wollten wir erreichen, eine erneute Tiefenprüfung nur bei Vorlage neuer Erkenntnisse vorzunehmen, den verfassungswidrigen Paragraphen 8 zum Mandatsverlust zu streichen und auf die Parlamentsunwürdigkeitserklärung zu verzichten. Dies wurde von CDU, SPD und FDP abgelehnt. Im Gegensatz zu diesen Fraktionen ging es uns um eine umfassende Aufarbeitung, über die Überprüfung der (gewählten) Abgeordneten auf eine Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Staatssicherheit, dem Amt für Nationale Sicherheit oder der K1 hinaus. Wir haben angeregt, schon bei den KandidatInnen und Kandidaten zur Landtagswahl zu klären, wer sich da mit welcher Biografie zur Wahl stellt, damit der Souverän - die WählerInnen - das vorher erfahren können. Unsere Anträge wurden abgelehnt.

Lest dazu auch meine Pressemitteilung zum Thema:

<http://www.rothe-beinlich.de/akpresse/5914764.html>

Im letzten TOP des Plenums ging es auf Antrag der Linken darum, die Auseinandersetzung mit gesellschaftsimmanentem Rassismus anzugehen, der Antrag wurde abgelehnt. Der Versuch, den gemeinsamen Antrag der Linken und uns zum Thema Residenzpflicht als Entschließungsantrag zu diesem TOP zu behandeln, kam leider nicht durch.



Die Plenarsitzung des Landtages vom 22.-24. Mai

begann, wie jene im April aufgehört hatte. Gesetzentwürfe und -änderungen, die Landesregierung oder Koalition eingebracht hatten, wurden in die Ausschüsse überwiesen oder angenommen. Anträge der Oppositionsfraktionen dagegen, wurden wie meist abgelehnt. Dies traf auch einen Gesetzentwurf der Linken zur Gleichstellung behinderter Menschen. Ich habe dabei unsere Unterstützung im Plenum dargelegt.

In der aktuellen Stunde hatten wir die Thematik „Umfassende Aufklärung der Pharmaversuche in der DDR“ aufgerufen.

Die FDP arbeitete sich, hoffentlich zum letzten Mal, wieder an der Kommunalen Energie Thüringen ab. Dass Thüringer Kommunen die Energieversorgung selber organisieren wollen, und daher eon.thüringen mehrheitlich gekauft haben, kann die FDP offenbar nicht verwinden.

- Residenzpflicht ist abgeschafft -

Bereits in der letzten Plenarsitzung hatten wir versucht, den gemeinsamen Antrag von uns Grünen und den Linken zur Abschaffung der Residenzpflicht für Flüchtlinge auf die Tagesordnung zu bekommen. Nun sollte es endlich zur Debatte im Landtag kommen. Jedoch kam uns nun (nach zwei Jahrzehnten Kampf und monatelangen Querelen) der Innenminister zuvor: Mittels einer Verordnung hob er die Residenzpflicht auf. Zwar gut gemacht, aber nicht gut genug, Herr

Geibert. Klar ist, dies war eine längst überfällige Entscheidung der Koalitionsregierung und ein Erfolg des langjährigen Protestes von Flüchtlingen, Flüchtlingsorganisationen und einer Vielzahl von Institutionen und Organisationen. Ohne den Antrag der Fraktionen DIE LINKE und



BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN und der Ankündigung von SPD-Abgeordneten, hier nach ihrem Gewissen abzustimmen, hätte es das nicht gegeben. Da es offenbar einen Handel innerhalb der Koalition gegeben hatte, bleibt ein Beigeschmack. Denn: Mit Menschenrechten dealt man nicht - Bewegungsfreiheit ist und bleibt ein Menschenrecht. Lest dazu weiter hier: <http://www.rothe-beinlich.de/akpresse/5954960.html>

Die neue Verordnung ist zum 1. Juli in Kraft getreten. Flüchtlinge dürfen sich nun überall im Land bewegen und sind nicht mehr an den Landkreis/die kreisfreie Stadt

gebunden. Allerdings werden jene Flüchtlinge, die bis 1. Juli gegen die Residenzpflicht verstoßen haben, weiter belangt, im Extremfall droht ihnen die Abschiebung. Wir fordern für diese eine Amnestie - leider kann sich dazu die Koalition einmal mehr nicht durchringen.

In der Schule wird für das Leben gelernt, deshalb sei „Kuschelpädagogik“ nicht der richtige Weg, Leistung müsse sich auch in der Schule lohnen, waren sich CDU und FDP einig in der Ablehnung unseres Antrages zur **Abschaffung des Sitzenbleibens**.

In meiner Rede zum Antrag habe ich darauf hingewiesen, dass es ein chancengerechtes und leistungsstarkes Schulsystem geben kann, auch und gerade, wenn wir auf unfreiwillige Klassenwiederholungen verzichten. Allerdings braucht es dazu eine konsequente individuelle Förderung von Anfang an und dafür die notwendige sächliche und personelle Unterstützung in den Schulen. Unlogisch sei, warum in Klasse 3, 5 und 7 nicht sitzengeblieben werden könne, in anderen Klassen schon. Der Griff in die ideologische Mottenkiste und der Vorwurf der Leistungsfeindlichkeit schwang in der Debatte mit. Weil auch die SPD trotz verbaler Zustimmung schließlich koalitionsbedingt mit Nein stimmte, scheiterte der Antrag.

Freiwilliges Wiederholen von Klassen, was gerade in oberen Klassen nicht selten praktiziert wird, soll natürlich weiterhin möglich bleiben. Wir wollen nur das nachgewiesenermaßen pädagogisch unwirksame Sitzenbleiben per Zwang abschaffen.

Lest dazu meine Mitteilung: <http://www.rothe-beinlich.de/akpresse/5957652.html>

Vom 19.-21. Juni traf sich der Landtag zur nächsten Plenarsitzung.

Im Rahmen der aktuellen Stunde wurde auf unseren Vorschlag hin das Thema „Spielwiese der Personalpolitik“: die Internationale Bauausstellung in Thüringen eingebracht. Im dritten Versuch wurde jetzt offenbar der „richtige“ Geschäftsführer gefunden.

Ein Gesetzentwurf der Linken zum Wählen mit 16 wurde abgelehnt, ähnlich wie unser Antrag zum selben Thema 2 Jahre zuvor. Der Donnerstag begann mit einer Regierungserklärung der Ministerpräsidentin zum Hochwasser und den dadurch angerichteten Schäden in Thüringen. Dazu beschloss der Landtag in seltener Einmütigkeit einen Antrag aller Fraktionen.

Große Aufregung insbesondere in der Koalition ergab sich aus den Wahlen der/des Bürgerbeauftragten Thüringens. Der CDU-Wahlvorschlag, die bisherige Beauftragte Silvia Liebaug, wurde im 1. Wahlgang nicht wiedergewählt. Nach der Mittagspause fand ein 2. Wahlgang statt, in dem sie wieder keine Mehrheit bekam. Ein 3. Wahlgang war nach Geschäftsordnung ohne vorherige Sitzung des Ältestenrates nicht mehr möglich.

Ein Antrag der Linken zu einem **Bildungsfreistellungsgesetz**, welcher wortgleich mit einer Vorlage aus dem Hause Matschie ist, der dieses jedoch koalitionsbedingt nicht vorlegen konnte, wurde einstimmig und etwas überraschend in den Bildungsausschuss und den Wirtschaftsausschuss überwiesen. Sollte hier doch ein Umdenken stattgefunden haben, was ich in meiner Rede dazu angeregt hatte? Bildungsurlaub schadet den Unternehmen insgesamt deswegen nicht, weil ihre Mitarbeitenden danach nicht nur mehr Wissen, sondern auch mehr

Motivation gewonnen haben.

Zur Erinnerung: Bereits im November 2011 hatten wir einen grünen Gesetzentwurf für ein Bildungsfreistellungsgesetz in den Landtag eingebracht. Seitdem harrt dieses der Beratung, da eigentlich kurz darauf ein Gesetzentwurf der Regierung folgen sollte. Bis heute gibt es diesen nicht. Wir sind gespannt, wie die Beratung der nunmehr zwei vorliegenden Entwürfe weiter geht und ob schwarz-rot doch noch gemeinsam aktiv wird.

Ein Antrag unserer Fraktion, die Netzneutralität für das Internet gesetzlich festzuschreiben, wurde nicht abgelehnt, sondern in den Wirtschaftsausschuss überwiesen. Dagegen wurde ein Antrag von uns zur Neuordnung der Früherkennungsuntersuchungen, und insbesondere der Hinweise des Landes an die Eltern bzw. Jugendämter dazu, abgelehnt.

Ein gemeinsamer Antrag der Linksfraktion und unserer Fraktion zur **Rehabilitierung wegen ihrer Homosexualität verurteilter Menschen** wurde abgelehnt, ein deutlich abgeschwächter Alternativantrag der Koalitionsfraktionen wurde dagegen mehrheitlich angenommen.

Während unser Antrag die Rehabilitierung verurteilter homosexueller Menschen klar benennt, spricht der Alternativantrag ausschließlich von Aufarbeitung. Der Landtag soll sich für das erlittene Unrecht bei den Betroffenen entschuldigen, die Aufhebung der gesprochenen Urteile unterstützen und sich für eine Entschädigung einsetzen. Zu all diesen Punkten fehlte in dem Alternativantrag jedoch die notwendige Substanz. Die Koalition verhinderte eine weitere Debatte im Ausschuss und so auch eine mögliche Verständigung.

Lest dazu weiter hier: <http://www.rothe-beinlich.de/akpresse/5994942.html>

Ein größere Debatte gab es im Hohen Hause auch zum **Aufarbeitungsbeauftragtengesetz**. Nach Vorstellung des ersten Entwurfes gab es berechtigt massive Kritik am Entwurf der Koalitionsfraktionen. So sollte der/die Beauftragte u.a. die Aufarbeitungsinitiativen koordinieren. Zurecht beklagten sich diese, schließlich gibt es seit 2009 einen Zusammenschluß der Initiativen im Geschichtsverbund Thüringen, der die Arbeit koordiniert. Das Gesetz war schließlich eines der ersten, was im Forum des Landtages (<http://www.forum-landtag.thueringen.de>) öffentlich diskutiert und kommentiert werden konnte. Auch hier waren sich die Teilnehmer einig.



Die Koalitionsfraktionen von CDU und SPD haben dann in einem Hauruck-Verfahren ihre zahlreichen Änderungen zum eigenen Gesetzentwurf zum Thüringer Aufarbeitungsbeauftragtengesetz durch das parlamentarische Verfahren gejagt. Allerdings wurde damit das Gesetz substantiell besser, auch unsere Kritikpunkte waren größtenteils aufgegriffen. Der gravierende Fehler mit der „DDR-Diktatur“ wurde auch korrigiert, so dass wir, trotz der Kritik am Verfahren, dem Gesetzentwurf zugestimmt haben. Das Gesetz tritt nun rechtzeitig vor der Wahl eines/einer neuen Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen in Kraft.

Lest ergänzend meine Mitteilung hier: <http://www.rothe-beinlich.de/akpresse/5993609.html>

Mit der Aussprache zu unserer Großen Anfrage zur Sozialen Mobilität und zur Großen Anfrage der Linken zur Situation der Beschäftigten an den Hochschulen, zu der ich ausführlich Stellung nahm, endete dieses Plenum.

Die Plenartagungen des Landtages vom 10. bis 12. Juli

begannen mit einer Debatte über die Änderung des Rechnungshofgesetzes. Die größtmögliche Koalition im Landtag aus CDU, SPD und Linken setzte hier gegen die Ansichten des Rechnungshofes, aller Experten und auch unserer Fraktion ihr Gesetz durch. Obwohl die schlimmsten Pläne im Laufe der teilweise auch öffentlich geführten Diskussionen vorab noch geändert werden, bleibt der Eindruck, dass nur eine Disziplinierung des Rechnungshofes das Ziel der Aktion gewesen ist.

Im Rahmen der Fragestunde habe ich die Landesregierung zum **Schutz syrischer Flüchtlinge in Thüringen** gefragt:

Am 30. Mai d.J. hat das Bundesinnenministerium eine mit den Bundesländern abgestimmte Anordnung zur vorübergehenden Aufnahme von Schutzbedürftigen aus Syrien und den Anrainerstaaten erlassen, der zufolge Deutschland 5.000 schutzbedürftige syrische Flüchtlinge aufnimmt. Auch der Bundestag hat Ende Juni einstimmig beschlossen, dass das Aufnahmevorhaben zügig umgesetzt werden soll: Insbesondere sollen ausländische Studierende aus Syrien ihr Studium in Deutschland beenden können, der Abschiebestopp nach Syrien verlängert und die Ermessensspielräume für die Gewährung von Aufenthaltstiteln großzügig ausgeschöpft werden.

Das war Anlass genug für mich, als flüchtlingspolitische Sprecherin der Landtagsfraktion zur Umsetzung dieser Aufnahmeanordnung in Thüringen nachzufragen. Dabei stellte sich heraus, dass Thüringen 139 syrische Flüchtlinge aufnehmen wird. Bereits am 15.07. werden die ersten Familien erwartet. Der für Thüringen geltende Abschiebestopp soll verlängert werden und die Aufenthaltsdauer der syrischen Flüchtlinge zunächst auf zwei Jahre begrenzt werden.

Etwas hitzig wurde die Diskussion zur Novelle des **Abgeordnetengesetzes** geführt. CDU und SPD hatten ein „Gesetz zur Offenlegung von Nebentätigkeiten und Nebeneinkünften von Abgeordneten des Landtages“ eingebracht. Sie wollen sich bei der Offenlegung an der Regelung des Bundestages orientieren. Weil wir auch dort die stufenweise Regelung ändern wollen, war es nur konsequent, dies auch für Thüringen zu fordern, was ich für unsere Fraktion getan habe. Vielleicht wird es in der Ausschlussdiskussion noch ein guter Antrag werden.

Im Sinne der Sache sind wir schon vor Monaten aktiv geworden, und haben uns zu gläsernen Abgeordneten gemacht: <http://gruene-fraktion.thueringen.de/fraktion/glaeserne-abgeordnete> oder für mich: http://www.rothe-beinlich.de/ueber_mich/glaeserne_abgeordnete/index.html.

Zur Landtagsdebatte meine Mitteilung: <http://www.rothe-beinlich.de/akpresse/6018356.html>.

Ein fraktionsübergreifender Gesetzentwurf zur Änderung des Bestattungsgesetzes, an dem auch einige grüne Kollegen maßgebend beteiligt waren, scheiterte an den Stimmen von CDU und SPD. Bestattungen im Wald bleiben auch künftig untersagt, Thüringen steht damit fast allein in Deutschland.

- Landesregierung legt Inklusions-Entwicklungsplan für den Schulbereich vor -

Am 09. Juli hat die Thüringer Landesregierung einen 306-Seiten umfassenden Entwicklungsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention im Schulbereich für den Freistaat Thüringen bis 2020 vorgelegt. Wir begrüßen, dass sich die Koalition endlich über den Landesplan zur Umsetzung eines inklusiven Schulwesens geeinigt hat. Gelingende Inklusion braucht schließlich ein schlüssiges Gesamtkonzept. Daher haben wir die Vorlage eines solchen Konzeptes von Beginn an eingefordert.

Astrid Rothe-Beinlich, bildungspolitische Sprecherin der Landtagsfraktion hat in der aktuellen Stunde dazu im Landtag (Bild) deutlich gemacht, dass ein inklusives Schulwesen und der gemeinsame Unterricht nur gelingen können, wenn tatsächlich die notwendigen sächlichen, räumlichen und personellen Voraussetzungen geschaffen werden. Dazu ist der Entwicklungsplan ein erster notwendiger und richtiger Schritt. Jetzt muss jedoch auch die konsequente Umsetzung erfolgen. Insbesondere hoffen wir, dass die Devise von Bildungsminister Matschie, das Tempo herauszunehmen, nicht für die Bereitstellung der notwendigen Ressourcen gilt. Für uns steht fest, dass Teilhabe nicht von der Kassenlage des Landes abhängig gemacht werden darf. Die Koalition muss nun also auch zu ihren eigenen Plänen stehen und die entsprechenden Personal- und Schulbaumittel zügig bereitstellen.



Im Bereich der Lehrerbildung begrüßen wir, dass die Landesregierung dem Vorschlag von Prof. Benkmann, das Lehramt ‚Sonderpädagogik‘ durch das Lehramt ‚Sonderpädagogik/Inklusive Bildung‘ zu ersetzen, gefolgt ist. Allerdings ist nicht nachvollziehbar, warum die Entscheidung über die zukünftige Lehrerbildung zwei Jahre zurückgestellt werden soll: So wird wertvolle Zeit

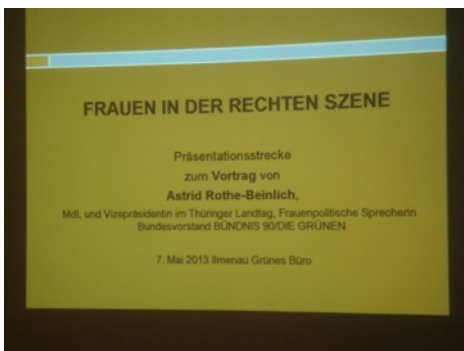
vertan, zumal wir derzeit eine Novellierung des Thüringer Lehrerbildungsgesetzes im Landtag beraten. Offen bleibt auch die Überwindung der zersplitterten Schulgesetzgebung in Thüringen. Solange es keine inklusive Schulgesetzgebung im Freistaat gibt, bleiben viele Bemühungen, ein diskriminierungsfreies Bildungswesen auf den Weg zu bringen, fruchtlos.

Der Plan sieht zusammengefaßt folgende Entwicklungen vor:

- Festhalten an flächendeckend vorhandenen Förderzentren LES, die temporär SchülerInnen aufnehmen sollen und ansonsten als Beratungs- und Kompetenzzentren dienen sollen
- die Diagnostik im Bereich geistige Entwicklung soll verstärkt kontrolliert werden, weiter soll die gesamte Diagnostik durch standardisierte Testverfahren und verstärkte Vermittlung von diagnostischen Fachwissen vereinheitlicht und vergleichbar gemacht werden
- Förderzentren Hören und Sehen sollen sich zu Bildungs-, Beratungs- und Medienzentren weiterentwickeln
- Für die Förderschwerpunkte LES wird der gruppenbezogene Förderanteil von 4,5 auf 5 Prozent erhöht
- Bis 2021 ergibt sich durch die schülerbezogenen Förderbedarfe ein personeller Mehrbedarf von 52,2 Mio. €
- Bis Ende 2018 sollen insgesamt 100 Schulen barrierefrei umgebaut sein, je Schule wird mit einem Aufwand von 150 T€ gerechnet, das Land will die Schulbaupauschale entsprechend erhöhen
- in der Lehrerbildung sollen in allen drei Phasen die notwendigen erziehungswissenschaftlichen Grundlagen für ein inklusives Bildungswesen verankert werden, allerdings gibt es noch keine endgültige Entscheidung darüber.

Wir werden den vorgelegten Plan nun konstruktiv und genau prüfen und selbstverständlich die zur Umsetzung notwendigen Ressourcen auch entsprechend einfordern.

3) Unterwegs in Thüringen



Frauen in der rechten Szene in Ilmenau ...

Natürlich durchzuckte es wieder einige Gesichter, als nach dem Einstiegsfilm die provokante Aussage "Auch Frauen sind Nazis" fiel. Ich war am Abend des 7. Mai in Ilmenau und sprach sowie diskutierte in der grünen Geschäftsstelle in der Goethepassage mit rund 25 Frauen und Männern, die große Mehrheit keine grünen Mitglieder zu Frauen in der rechten Szene. In der anschließenden Diskussion ging es u.a. um spezifische AussteigerInnenprogramme oder um notwendige Weiterbildung von Pädagoginnen und Pädagogen.

Anhand aktueller Beispiele wurde die sog. "Wortergreifungsstrategie" und die Unterwanderung von Vereinen im Sport- oder Sozialbereich durch die rechte Szene angesprochen. Rechtsextreme nutzen gezielt auch offene Räume in der Gesellschaft und geben sich sozial, um ihre Ideologie an Frau oder Mann zu bringen. Hier ist es die Aufgabe der ganzen Gesellschaft, wachsam zu sein, um rechtsextremer Vereinnahmung entgegenzutreten. Unsere demokratische Gesellschaft muß auch eine solidarische bleiben. Mehr: <http://www.rothe-beinlich.de/berichte/5937940.html>

... und in Kahla live zu beobachten

Wie notwendig die Warnungen vor Frauen in der rechten Szene sind, zeigte sich auch in Kahla. Hier fand am 15. Juni der sogenannte Thüringentag der nationalen Jugend als ein Event für die ganze Neonazi-Familie statt. Hier zeigt sich exemplarisch eine neue Strategie der rechten Szene: Nach dem Zurückdrängen aus den großen Städten, insbesondere Jena und Weimar, weichen sie auf Kleinstädte auf dem Lande aus. So entwickelte sich in den letzten Jahren Kahla im Saaletal

zu einer rechtsradikalen Hochburg. Kahla ist auch deswegen für die Nazis interessant, weil einer der bundesweit bekanntesten Neonazis Karl-Heinz Hoffmann („Wehrsportgruppe Hoffmann“) hier aufgewachsen sein soll.

Gemeinsam mit vielen anderen Grünen und Nicht-Grünen, habe ich mich an den Protesten gegen dieses Hetz-Festival beteiligt: <http://www.rothe-beinlich.de/akpresse/5981370.html>.

Am Rande der Demonstrationen gegen die Neonazis wurde der erste Thüringer Demokratiepreis verliehen. Ich freue mich sehr, dass Lothar König, Stadtjugendpfarrer in Jena diesen Preis bekommen hat. Mehr dazu hier: <http://www.rothe-beinlich.de/akpresse/5986667.html>

Zur aktuellen Situation und Herausforderungen der Thüringer Hochschulpolitik

Wie ist der aktuelle Stand der Thüringer Hochschulpolitik und wie steht es um die Finanzierung der Hochschulen im Land? Und welche Strategie hat die Landesregierung für seine Wissenschafts- und Forschungslandschaft überhaupt? Zu diesen und anderen Fragen stand Astrid Rothe-Beinlich, als wissenschaftspolitische Sprecherin der Landtagsfraktion am Mittwoch, den 03.07.2013 in Jena für Vortrag und anschließende Diskussion für interessierte Mitglieder des Jenaer Kreisverbandes zur Verfügung. Astrid ging dabei auch auf die aktuelle Diskussion zur strategischen Hochschulentwicklungsplanung im Freistaat ein und stellte die oft prekäre Situation von vielen Beschäftigten an den Thüringer Hochschulen dar.

Wenn ihr auch hochschulpolitische Fragen mit Astrid diskutieren wollt, sagt uns einfach Bescheid. Es findet sich sicherlich ein geeigneter Termin dafür. Die Präsentation zum Vortrag könnt Ihr übrigens hier abrufen: <http://www.rothe-beinlich.de/berichte/6019705.html>

Oi! Warning Live in Jena am 5. Juli

Zugegeben: Der Filmtitel von Benjamin und Dominik Reding war schon provokant, man zuckt irgendwie auch heute noch zusammen: Oi! Warning. Das der Film 14 Jahre nach der Erstaufführung in der JG Stadtmitte in Jena jetzt wieder gezeigt wurde, war natürlich kein Zufall. Es sollte der zusätzlichen Mobilisierung für das sog. „Rock für Deutschland“ (RfD) in Gera dienen. Spannend war auch die dem Film vorausgehende Diskussion. So erinnerte sich Ben Reding daran, dass Silvester 1996 auf dem Erfurter Hauptbahnhof zwei Punks, er und sein Bruder, von mehreren Rechtsradikalen angegriffen und sogar beschossen wurden. Die Punks waren sie, mitten in der Recherche zu diesem Film. Die Nazis waren die späteren NSU-Terroristen Uwe Böhnhardt und Uwe Mundlos. Der Film wirft ein schockierendes Licht auf die Skinhead-Szene in den 90er Jahren, und wie leicht der Protagonist Janosch dort hineingerät.



Lest mehr dazu hier: <http://www.rothe-beinlich.de/show/6019651.html>

Aufstehen und wi(e)dersetzen in Gera

In Gera versammelten sich am 6. Juli zum bereits 11. Male ca. 600-700 Rechtsradikale zum sogenannten Rock für Deutschland. Erfreulicherweise waren auch in diesem Jahr wieder deutlich mehr als 1000 engagierte Menschen unterwegs, um ein Ende dieses Hetz-Musik-Events zu fordern. Lest dazu meine Mitteilung: <http://www.rothe-beinlich.de/akpresse/6011362.html>

Ich habe zum RfD eine Kleine Anfrage an die Landesregierung eingereicht, um u.a. klären zu lassen, wieso ein Musikkonzert eine politische Kundgebung sein kann und wer für die Anordnung verantwortlich war, die Bühne der u.a. vom DGB angemeldeten Protestdemonstration vom Ort der Nazi-Veranstaltung wegzudrehen.

4) Kurz berichtet

- **Der Länderrat**, der kleine Parteitag von Bündnis 90/DIE GRÜNEN tagte am 6. Juli in Berlin. Er befasste sich ganz aktuell mit dem NSA-Überwachungsskandal, der Demokratiebewegung in der Türkei, mit unseren Konzepten zu einem modernen und ökologischen Hochwasserschutz, mit bezahlbaren Mieten und der grünen Investitionspolitik. Ich durfte die Sitzung leiten. Lest dazu mehr hier: <http://www.gruene.de/wahl-2013/gruener-laenderrat-zu-nsa-skandal-mieten-und-investitionspolitik.html>
- Ich habe mitgewirkt an einer Aktion des Thüringer Literaturreates aus Anlass des 80. Jahrestages der **Bücherverbrennungen**. Das besondere Detail von Lesung und Diskussion am Heinrich-Mann-Gymnasium am 7. Juni war die Rückkehr in meine alte Schule: <http://www.rothe-beinlich.de/berichte/5977442.html>
- Für die Landtagsfraktion war ich am 7. Juni auch beim **Thüringentag** in Sondershausen: <http://gruenlink.de/kny>
- Die **Juniorwahlen** sind eines der größten bundesweiten Projekte der Politischen Bildung und finden unmittelbar vor den Bundestagswahlen 2013 statt. Die evangelischen Schulen Thüringens beteiligten sich auch daran in Kooperation mit dem Landesjugendring Thüringen e.V. . Dazu fand am 14.6. eine öffentliche Runde mit Medienbeteiligung statt: <http://www.rothe-beinlich.de/berichte/5986680.html>. Im Rathsgymnasium Erfurt folgte letzten Donnerstag die richtige Runde.
- Für die **4-Länder-Konferenz** der grünen Europagruppe am 1. Juni in Weimar „Was bringt das neue deutsche **Asylsystem?**“, übrigens eine sehr gelungene Veranstaltung, habe ich einen Bericht zum deutschen Asylsystem erarbeitet. Bei Interesse findet ihr die Datei über diesen Link: <http://gruenlink.de/ko8>
- Zum **Empfang** lud der **Kreisverband Weimar** von Bündnis 90/DIE GRÜNEN am 14. Mai in das Bienenmuseum. Gut 40 Gäste aus Stadtpolitik, Organisationen sowie unserer Partei lauschten den Reden von Carsten Meyer für den Vorstand, er wertete den Oberbürgermeister aus, sowie mir in Einstimmung auf die Wahlkämpfe dieses Jahres. Katharina Spiel und Andreas Leps, die Vorsitzenden der Stadtratsfraktion berichteten aus ihrer Arbeit und stimmten auf die Kommunalwahl in einem Jahr ein. Anlässlich des 20jährigen Jubiläums des Zusammenschlusses von Bündnis 90 und den Grünen am selben Tag 1993 berichteten „die Alten“ in vielen Anekdoten, was ihnen aus dieser Zeit noch in Erinnerung war.
- Am 6. Mai war ich auf Einladung der Grünen Hochschulgruppe Gast einer Veranstaltung in Kassel.
 - Zur Einstimmung auf vielfältige Aktionen gegen den Nazi-Aufmarsch in Erfurt fand nicht nur im Landtag beim April-Plenum die Aktion „Keinen Meter“ statt (Bild). Auf dem Erfurter Anger konnte man am 29. und 30. April Gast einer **öffentlichen Vernunftübung** sein, organisiert durch Rüdiger Bender für die Universität Erfurt. Auch ich durfte mitwirken: <http://www.rothe-beinlich.de/berichte/5926613.html>
- Zu Gast im F-Haus in Jena war Astrid Rothe-Beinlich als hochschulpolitische Sprecherin der bündnisgrünen Landtagsfraktion am 15. April auf der Diskussionsveranstaltung des Thüringer DGB zum Hochschulpolitischen Programm des DGB „**Anforderungen an eine demokratische und soziale Hochschule**“: <http://www.rothe-beinlich.de/berichte/5897684.html>
- Am Freitag, den 12. April 2013 nahm ich als bildungspolitische Sprecherin der Thüringer Landtagsfraktion von Bündnis 90/DIE GRÜNEN am 1. **Regionalen SchülerInnentag** Ostthüringens im Berufsschulzentrum Jena-Göschwitz teil. Etwa 100 Schülersprecherinnen und Schülersprecher waren an diesem Tag gekommen, um gemeinsam ihre Delegierten für den Landesschülerinnen- und -schülertag zu bestimmen und gemeinsam mit den unterschiedlichen Vertreterinnen und Vertretern aus Politik und Schule ins gemeinsame Gespräch zu kommen: <http://www.rothe-beinlich.de/berichte/5897590.html>



- **Inklusion kann nur gemeinsam gelingen** - Regionale Entwicklungskonzepte in der Diskussion. Am 10. April 2013 fand die mittlerweile sechste Diskussionsveranstaltung der Veranstaltungsreihe „Inklusion kann nur gemeinsam gelingen“ der Landtagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN statt. Dieses Mal widmete sich die Veranstaltung den aktuell in Entwicklung befindlichen regionalen Inklusions-Entwicklungskonzepten. Etwa 40 interessierte Bürgerinnen und Bürger fanden sich im Bürgerhaus „Roter Berg“ in der 25. Regelschule im Nordosten Erfurts ein. Lest mehr hier: <http://www.rothe-beinlich.de/berichte/5897759.html>

5) Vorschau und Termine

- Jeder Montag gehört in der Regel dem Bundesverband. Hier finden die wöchentlichen Bundesvorstandstreffen statt. Der nächste Termin ist der 5. August.
- Am 9. August hoffe ich, möglichst viele Frauen in Berlin zum grünen Frauensommerfest zu sehen. Mit Katrin Göring-Eckardt werden wir in die heiße Phase des Wahlkampfes starten und mit Euch u.a. über Europa, Steuerpolitik und „Kinder - Karriere - Kapitalismus: Die neuen 3 K der Familienpolitik?“ diskutieren.
- Vom Abend des 16. bis zum Abend des 18.8. werde ich Gast der diesjährigen summer factory des Institut Solidarische Moderne in Frankfurt sein. Es soll um das hochbrisante Thema: „Bedingungen und Hindernisse einer Linksregierung“ gehen. Dabei sollen auch Erfahrungen aus der gescheiterten Regierungsbildung in Thüringen 2009 einfließen.
- Ich freue mich sehr auf die nächste Kulturtour. Vom 20.-22. August stehen Ziele in Jena, Erfurt und Meiningen auf unserem Programm. Wir besuchen große und kleine Kulturinstitutionen, von Kulturagenten bis Theater, von Bühnenverein bis Musikschule. Ihr habt noch spezielle Tips für uns: Sehr gerne!
- Am 26. August geht der Bundesvorstand geschlossen ins Kloster. Im Kloster Eberbach werden wir uns in Klausur begeben.
- Merkt Euch den 27. August vor: Dort beginnt in Jena der heiße Bundestagswahlkampf in Thüringen: Sowohl Jürgen Trittin als auch Katrin Göring-Eckardt werden erwartet.
- Einen Tag später unterstütze ich die sächsischen Freundinnen in Plauen, auch mit meinem Vortrag zu „Frauen in der Rechten Szene“.
- Für den 4. September lädt unsere Landtagsfraktion nach dem großen Erfolg im letzten Jahr wieder zu einem Regenbogenempfang ein.
- Am 5. und 6. September unterstütze ich die bayerischen Freunde in Nürnberg und Weißenburg beim Wahlkampf u.a. auch mit den „Frauen in der Rechten Szene“.
- Der nächste Länderrat am 7. September findet in Bamberg statt und sorgt hoffentlich für den letzten großen Schub im Bayerischen Landtagswahlkampf.
- Das nächste Plenum im Landtag findet vom 18.-20. September statt. Es wird wohl unter dem Eindruck der Bundestagswahl am Sonntag danach stehen.
- Unsere nächste Bundesdelegiertenkonferenz am 19. und 20. Oktober wird hoffentlich zum Beschluß eines Koalitionsvertrages stattfinden.



Schluß mit der Bleiwüste jetzt!

Ja, ich weiß, es ist sehr lang geworden.

Weitere aktuelle Meldungen, Kleine und mündliche Anfragen findet ihr regelmäßig auf meiner Internetseite: <http://www.rothe-beinlich.de/>.

*Wenn Ihr Vorschläge, Wünsche, Anregungen und/oder Kritik habt, lasst es mich wissen.
Ich komme gern zu Euch und auch Ihr seid mir - nicht nur in meinen Büros - sondern auch sonst -
stets willkommen.*

Herzlich grüßt Euch Eure



Astrid Rothe-Beinlich

Kontakt und Impressum:

Abgeordnetenbüro in Erfurt: Lutherstr. 5, 99084 Erfurt; T: +49(0)361/ 57 650 54, F: +49(0)361/ 57 650 35, Mail: erfurt@rothe-beinlich.de

Abgeordnetenbüro in Gera : Heinrichstraße 50, 07545 Gera; T: +49(0)365/ 55 146 65,
Mail: gera@rothe-beinlich.de

Abgeordnetenbüro in Mühlhausen: Herrenstr. 21, 99974 Mühlhausen; T: +49(0)3601/ 993709
Mail: muehlhausen@rothe-beinlich.de

Herausgeberin: Astrid Rothe-Beinlich, MdL, Vizepräsidentin des Thüringer Landtages, Sprecherin für Kultur- und Bildung sowie Flüchtlingspolitik und Parlamentarische Geschäftsführerin. Mitglied des Bundesvorstandes und Frauenpolitische Sprecherin von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Büroleitung und Redaktion des Newsletters: Andreas Leps, M. A.
(mit freundlicher Unterstützung der Kolleginnen und Kollegen)

Bildquellen:

- gruene.de (CC-BY-NC-3.0) bzw. Edzard Piltz
- Andere: Grüne Landtagsfraktion oder eigenes Archiv